

sonntags-  
geleitet:  
den, 3 (2)  
rtroerlauf:  
schleppend:  
11, 22 11  
12-15  
9-11  
-35 33-37  
-30 28-32  
-26 24-26  
44-46  
43-44  
42-43  
41-42  
40-41  
39-40  
38-39  
37-38  
36-37  
35-36  
34-35  
33-34  
32-33  
31-32  
30-31  
29-30  
28-29  
27-28  
26-27  
25-26  
24-25  
23-24  
22-23  
21-22  
20-21  
19-20  
18-19  
17-18  
16-17  
15-16  
14-15  
13-14  
12-13  
11-12  
10-11  
9-10  
8-9  
7-8  
6-7  
5-6  
4-5  
3-4  
2-3  
1-2

# Der Gesellschaftler

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1.50 einchl. 13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einchl. 18 Pfg. Postgebühren, wozu 36 Pfg. Beleggeb. Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftleitg. Druck und Verlag: G. D. Jaiser (Inh. R. Jaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Einzelnenpreise: 1 spaltige Vorgab-Zeile ober deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J. Neufamenseite 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschaftler Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postf. Kto. Stuttgart 5115

Nr. 278      Gegründet 1827      Samstag, den 26. November 1932      Fernsprecher Nr. 29      106. Jahrgang

### Bergebliche Bemühungen

Eine Woche nach dem Rücktritt der Regierung Papen sind die Verhandlungen mit Adolf Hitler gescheitert. Wir stehen da, wo wir vor einer Woche standen und sind inzwischen nun um eine Enttäuschung reicher geworden. Man hatte schon über den Aufwand an Papier und Tinte, über den Denkschriftenkrieg in diesen Tagen gespöttelt. Heute erweist sich aber, wie gut es war, daß die Verhandlungen des Reichspräsidenten und die Antworten Hitlers schriftlich festgelegt worden sind. Drei Feststellungen des Reichspräsidenten sind besonders wichtig. Zunächst die Bemerkung, daß Hitler gegenüber dem Reichspräsidenten der Erwartung Ausdruck gegeben hat, er werde in Besprechungen mit den Parteien eine Grundlage finden, auf der er für eine von ihm zu bildende Regierung ein Ermächtigungsgesetz des Reichstags bekommen werde. Weiterhin ist die Feststellung wichtig, daß irgendwelche Hindernisse bei den Parteibesprechungen Hitlers „Gegenstand der erbetenen Berichterstattung über den Erfolg der Feststellungen“ Hitlers sein sollten. Und schließlich ist besonders wichtig der Absatz in dem Brief von Meißner, wo davon die Rede ist, daß Brüning sich im Lauf der Zeit das Vertrauen des Reichspräsidenten erworben habe und daß auf ähnlichem Weg auch eine von Hitler geführte parlamentarische Regierung sich im Lauf der Zeit zum Präsidialkabinett hätte wandeln können. Diese drei Feststellungen zeigen, wie weit der Reichspräsident Hitler entgegenkommen ist. Trotzdem hat Hitler es abgelehnt, Verhandlungen mit andern Parteien aufzunehmen. Er begründet dies damit, daß Hindenburgs Auftrag „innerlich undurchführbar“ gemein sei. Er beharrt auf dem Anspruch, die Führerschaft in einem überparteilichen Kabinett zu erhalten, und wurde deshalb vom Reichspräsidenten abgelehnt, wobei der Reichspräsident die Befürchtung äußerte, daß ein von Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur entwickeln würde. Aber wie dem auch sei, jetzt muß gehandelt werden, und zwar so gehandelt werden, daß wir nicht wieder völlig zurückgeworfen, sondern einige Schritte weiter nach vorn gebracht werden. Hitler hat wieder die Kampflosung ausgegeben. Er hat dem Reichswehrminister die Erklärung abgegeben, daß jede Art der Mitarbeit innerhalb oder außerhalb einer neuzubildenden Regierung, gleichgültig unter welcher Führung diese Regierung auch stehe, mit aller Entschiedenheit von den Nationalsozialisten abgelehnt werde. Ein Nachrichtenbüro teilt hierzu mit, daß diese Ablehnung sich auch ausdrücklich auf ein von Scheiderer oder Schacht geführtes Kabinett bezogen habe. Aufgabe der Staatsführung kann es jetzt nicht sein, diese Kampflosung ebenso scharf zu erwidern. Die am Donnerstagabend begonnenen Verhandlungen mit den Führern der Parteien haben nur einen Sinn, wenn sie die Absicht verfolgen, der neuen Regierung eine breitere Grundlage im Volk zu geben, als sie das Kabinett Papen hatte.

### Kein Erfolg der Kaas-Besprechungen

Weslin, 25. Nov. Präl. Kaas hat sich noch gestern Abend mit seinen engeren Parteifreunden über den Auftrag besprochen, den er vom Reichspräsidenten bekommen hat. Am Freitag vormittag hatte er zuerst eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey, der ihm erklärt haben, daß die Deutsche Volkspartei sich an einer nationalen Konzentration beteiligen würde. Gegen Mittag hat Präl. Kaas dann Geheimrat Hugenberg aufgesucht. Wahrscheinlich wird er im Anschluß daran auch mit Adolf Hitler in Führung nehmen. Man glaubt allgemein, daß Kaas dem Reichspräsidenten keine günstige Auskunft werde geben können. Das Zentrum sei gegen die Wiederkehr des Kabinetts Papen eingestellt, es sei dagegen zur Unterstützung bereit, wenn der Reichspräsident einen anderen Mann seines Vertrauens benenne. Ein solches Kabinett habe im neuen Reichstag immerhin rund 200 Abgeordnete von 585 für sich. Die Entscheidung dürfte frühestens für Anfang nächster Woche zu erwarten sein.

Die Besprechung des Präl. Kaas mit Adolf Hitler, der vorläufig in Berlin bleibt, fand am Freitag vormittag statt; sie dauerte ziemlich lange. Kaas wird sich auch mit Führern der Sozialdemokratie wegen einer Mehrheitsbildung besprechen und dann dem Reichspräsidenten Bericht erstatten.

Der Vorstand der Zentrumspartei wird am Samstag wieder zusammentreten.

### Kaas und Hugenberg

Berlin, 25. Nov. In der heutigen Unterredung des Präl. Kaas mit Dr. Hugenberg betonte der Führer der DVP, wie von deutschnationaler Seite mitgeteilt wird, daß die Erfahrungen der letzten Jahre die Schädlichkeit der Partei- und Parlamentsherrschaft und ihre Ungeeignetheit für das deutsche Volk besonders klar erwiesen haben. Ebenso könne kein Zweifel an den verheerenden Folgen des seit 1919 zwischen Reich und Preußen herrschenden Dualismus bestehen. Die Entwicklung der letzten Monate

enthalt die Anfänge zur Überwindung beider Uebel. Die deutschnationale Volkspartei halte an beiden Errungenschaften fest, solange es nicht etwa den anders, nämlich parlamentarisch eingestellten Kräften gelingen sollte, sie entgegen dem deutschnationalen Wunsch wieder hinzufügen zu machen. Die deutschnationale Volkspartei habe die vom Reichspräsidenten in diesem Sommer gefassten Entschlüsse begrüßt und demgemäß den Gedanken eines Präsidialkabinetts unterstützt. Dabei mühen allerdings die Fehler vermieden werden, die der Arbeit des zurückgetretenen Kabinetts anhafteten. Der Gedanke, eine Mehrheitsregierung durch die Festlegung von Programmpunkten und Aufgaben vorzubereiten, erinnere so sehr an die „Richtlinien-Politik“ früherer Jahre, daß gerade die DVP, nach den gemachten Erfahrungen nicht das Bedürfnis einer Wiederholung empfinden könne. Der wirkliche Mittelpunkt der augenblicklich schwereren Krisensituation beruhe doch auf der Schwierigkeit der Verständigung über Personalfragen.

### Kaas gibt den Auftrag zurück

Berlin, 25. Nov. Der Reichspräsident empfing heute nachmittag 5 Uhr den Führer des Zentrums, Präl. Kaas, der ihm über seine heutigen Besprechungen mit den Parteivorständen über die etwa noch vorhandenen Möglichkeiten zur Bildung einer Not- und Arbeitsmehrheit des Reichstags berichtete. Kaas hat in diesen Besprechungen an die Führer der Parteien in erster Linie die Frage gerichtet, ob sie ebenso wie die Zentrumspartei bereit seien, sich an Beratungen über ein sachliches Not- und Arbeitsprogramm für eine Mehrheitsregierung zu beteiligen.

Diese Frage ist von den Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei bejahend beantwortet worden. Dr. Hugenberg hatte die Beteiligung an solchen Beratungen als in Widerspruch mit der Gesamthaltung seiner Partei stehend nicht zugesagt. Hitler erklärte, an sich entspreche die Feststellung der sachlichen Grundlage für eine etwaige Mehrheitsregierung durchaus seinen Auffassungen. Auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Tage und der Überzeugung, daß auch einem positiven Ergebnis dieser sachlichen Beratungen seitens einflussreicher Stellen keine Folge gegeben würde, habe er eine Beteiligung seinerseits nicht mehr für vertretbar. Auf Grund dieser Feststellungen hat Präl. Kaas den Herrn Reichspräsidenten, von einer weiteren Fühlungnahme mit den Parteien absehen zu dürfen. Der Herr Reichspräsident dankte dem Präl. Kaas für seine Bemühungen.

### Die Presse zum Briefwechsel

Berlin, 25. Nov. Die Veröffentlichungen über die Verhandlungen des Reichspräsidenten mit Adolf Hitler und über den Briefwechsel mit Dr. Meißner und Hitler, insbesondere der Wortlaut des Auftrags, den der Reichspräsident Hitler erteilte, bilden naturgemäß den Hauptinhalt der heutigen Morgenpresse. Die „Vossische Zeitung“ sieht darin einen Beweis für den unbedingt lokalen und vornehmen Charakter des Angebots Hindenburgs. Es sei zu beachten, daß Hitler auch späterhin den Auftrag nicht darum als undurchführbar bezeichnet, weil er an die Bedingung einer parlamentarischen Mehrheit geknüpft sei — denn diese Bedingung hand ja mit seinem eigenen Anerkennen in Einklang — sondern wegen der Vorbehalte, die ihm ebenfalls schriftlich übergeben worden seien. Hätte Hitler im Sinne des ihm erteilten Auftrags sich an die Parteien gewendet, dann wäre — selbst im Fall eines Scheiterns — seine Stellung gegenüber dem Reichspräsidenten und gegenüber der Öffentlichkeit eine ganz andere gewesen als jetzt. Dann wäre auch der Vorschlag eines Präsidialkabinetts unter seiner Führung logisch und politisch begründet gewesen.

Die „Germania“ spricht von einem nicht erbebenden Bild, bei dem Hitler in den ersten Anfängen und Vortragen festengebunden sei. Trotz allen Schwierigkeiten, die nun in verstärktem Maß bestehen, müsse aus den neuen Besprechungen eine Regierung kommen, die anders und besser als die bisherige im Volk verwurzelt sei und wenigstens eine Aussicht habe, sein Vertrauen zu erwerben. Es gebe kein Zurück zu dem früheren Zustand. Ein Wiederauflösen der zurückgetretenen Regierung würde das Gegenstück einer politischen Entspannung bedeuten.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt, Hitler habe seinen zweiten 13. August erlebt. Mit dem Scheitern des Hitlerexperiments sei auch der erste Versuch des Reichspräsidenten, die präsidiale Regierung durch eine parlamentarische Regierung zu ersetzen, mißlungen und die weitere Entwicklung der Krise sei völlig ungewiß. Damit sei allerdings noch nicht festgesetzt, daß was Hitler nicht gelungen ist, überhaupt nicht gelingen könne.

Der „Vorwärts“ meint, obgleich die Stellung des Reichspräsidenten staatsrechtlich bei diesen Verhandlungen keineswegs besonders stark gewesen sei, sei es leicht gewesen, in die agitatorischen Finten der Rationalsozialisten fest hineinzufallen. Schon die erste Antwort Meißners vom 22. November zeige, wie sehr Hitler nun in der Schlinge gefangen habe. Der große Räuber und mit ihm alle seine Unterführer,

### Tagespiegel

Der Reichstag ist auf 6. Dezember einberufen worden.

Das Kabinett Braun erklärt in einem Erlaß, daß es die preußischen Geschäfte auf der Grundlage der Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. November (Gewaltenteilung) fortführen wolle. Sich des Staatsministeriums sei vorläufig das bisherige Wohlfahrtsministerium. Vertretender Beamter sei Dr. Bracht. Alle Beamten dürfen als Vertreter des Staatsministeriums, der Staatsregierung, des Ministerpräsidenten und eines Staatsministers gegenüber Reichstag, Reichsrat, Landtag und Staatsrat, sowie in Vertretung des Landes Preußen gegenüber dem Reich und anderen Ländern nur Aufträge vertreten, die den allgemeinen oder besonderen Anweisungen des Ministerpräsidenten oder der zuständigen Staatsminister entsprechen. In Zweifelsfällen hätten sie sich durch Vortrag hierüber Gewißheit zu verschaffen.

Der Oberbürgermeister von Essen, jetziger Reichsminister und hies. Reichskommissar in Preußen, Dr. Bracht, verabschiedete sich am Freitag von den städtischen Beamten der Stadt Essen. — Danach würde mit einer längeren Dauer seines Reichsamts zu rechnen sein.

Der bisherige bayerische Gesandte in Berlin, Dr. von Preger, der nach Erreichung der Altersgrenze aus dem Dienst ausscheidet, verabschiedete sich am Donnerstag im Reichsrat. Er wies darauf hin, daß er bemüht gewesen sei, das gute Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich wiederherzustellen, das unter früheren Regierungen infolge der fehlerhaft aufgebauten Weimarer Verfassung, die die Rechte der Länder ungerechtfertigt beschnitten und die Grenzen der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern nicht scharf genug gezogen habe, öfters gestört worden sei.

Das Abkommen über die Gründung eines Welthilfeverbandes, das am 27. Dezember in Kraft tritt und von 28 Staaten beigesteuert ist, ist für Deutschland am Freitag in Berlin unterzeichnet worden.

Landesvorstand und Landesfraktion der badischen Zentrumspartei erklären, falls der sozialdemokratische Parteitag die Ablehnung des Konkordats statt der Stimmenthaltung der soz. Fraktion beschließen sollte, — so müßte dies als schwerer Verstoß gegen Treu und Glauben und die politische Moral, als Zertrümmerung der Koalitionsgrundlagen und damit als Auflösung der derzeitigen bestehenden Regierungskoalition zu betrachten sein.

Zum Präsidenten des sächsischen Landtags wurde Abg. Dr. Ing. Dr. Eckardt (Dnat.) mit 40 von 96 Stimmen gewählt. Der bisherige Präsident Wedel (Soz.) erhielt 37 Stimmen.

In der Sitzung des preußischen Landtags am Donnerstag, in der der Streit gegen den Reichskommissar in Preußen erörtert wurde, erklärte der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion, daß die Fraktion die Regierung Braun nicht mehr anerkenne und an seinen Verhandlungen nicht teilnehmen werde. Als der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Braun, Hirtzinger, zu dem Streit das Wort ergriff, verließ die Fraktion geschlossen den Saal.

Die kommunistische Fraktion hat im bayerischen Landtag einen Auflösungsantrag eingebracht.

In Nordschleswig wurde der deutsche Pastor Dr. Schmidt in Moller mit großer Mehrheit wieder in den dänischen Landtag gewählt.

Der Bischof von Lüttich (Belgien) hat in einem Hirtenbrief die Unterstützung der Deutschen Christlichen Volkspartei in den ehemals deutschen Gebieten, Eupen-Malmédy-St. Vith bei den Wahlen verboten. Die Volkspartei hat sich in einem Telegramm an den Kardinalstaatssekretär Pacelli in Rom gewandt, er wolle gegen den unzulässigen Eingriff im Interesse der Religion und der Menschenrechte die Zustimmung des bischöflichen Schreibens veranlassen.

Im Zusammenhang mit den Unruhen in Genf am 9. November wurden zahlreiche unerwünschte Ausländer in den letzten Tagen aus der Schweiz ausgewiesen.

Wie aus Washington gemeldet wird, haben die Bolschewiken von England und Frankreich dem Staatssekretär für Auswärtiges, Simson, mitgeteilt, daß ihre Regierungen die Dezentralisierung der Kriegsschulden bezahlen werden.

Der gesamte Rat der Kaiserhöflinge, seien in die Falle gegangen und Hugenberg sei Triumphtor! Die Diktaturpläne Hitlers seien entzwei, aber auch die demokratisch-parlamentarische Maske sei gründlich zerstückt.

Der „Börsefurier“ fordert, daß so gering auch die Aussicht scheint, doch weiter der Versuch gemacht werde, die Rationalsozialisten zur Mitverantwortung heranzuziehen. Vielleicht könne man eine gewisse Hoffnung aus der völlig überforderten Last der Schicksale schöpfen, daß gestern Abend nach langer Zeit wieder eine direkte Aussprache zwischen Hitler und Hugenberg stattgefunden habe, die ganz neue Möglichkeiten eröffnen könnte. Will Hitler jetzt nachholen, was er zu rechter Zeit verflummt hat?

Die „DVP“ fährt aus, Lehmann kann es verstehen, daß Hindenburg schwer oder fast unüberwindliche Bed



denken gegen irgendeinen Politiker haben kann, die es verbieten, mit diesem Mann als Reichszentraler zusammenzuarbeiten. Wenn sich aber nach größter Bemühung, mit der man nach einem anderen Weg suchte, schließlich herausstellte, daß die verantwortliche Mitarbeit der NSDAP um keinen anderen Preis zu erhalten war, als um den Preis der Ernennung ihres Führers zum Chef der Regierung, dann wagen wir nicht zu entscheiden, bei welchem Entschluß die größere sachliche Staatsnotwendigkeit lag.

Die „Börsezeitung“ spricht die Hoffnung aus, daß sich vielleicht doch noch verantwortliche und führende Männer der Rechten finden mögen, denen es trotz des Sieges, den in diesen Tagen die Form über den Sinn erfochten habe, notwendig und möglich erscheine, die 44 Prozent der nationalen deutschen Wählererschaft als geschlossene Masse auf die deutsche Schicksalsmaße zu legen.

Der „Kölnischer Anzeiger“ berichtet über eine von deutsch-nationaler Seite aufgestellte Forderung, daß das kommende Kabinett der verschärften augenblicklichen Lage durch umfangreiche Neuberechnungen gegenüber dem bisherigen Kabinett v. Papen Rechnung tragen müsse. Die innerpolitische Lage sei natürlich durch die neue Kampfanlage der Nationalsozialisten und durch das Scheitern aller Bemühungen des Reichspräsidenten, eine parlamentarische Mehrheitsbildung zu erreichen, wesentlich ernster geworden.

Der „Tag“ ist der Ansicht, daß Hindenburg so entscheiden mußte, wie er entschieden habe. Es sei wie ein Hoffnungsstimmchen, daß gerade in diesen Tagen der Gedanke von Harzburg in vielen Köpfen und Herzen wieder wach wurde. Der Gedanke von Harzburg, für den sich Hugenberg jüher nationaler Wille stets eingesetzt habe, sollte seine einigende Kraft zum Durchbruch bringen, dann wäre uns allen geholfen. Man kann es darum nur bedauern, daß die gestern abend stattgefundenen Aussprachen zwischen Hugenberg und Hitler, zu der ja der deutsch-nationale Führer immer bereit gewesen war, anscheinend infolge mancherlei Schwierigkeiten innerhalb der NSDAP erst nach dem vorläufigen Abschluß der Auseinandersetzung zwischen Hindenburg und Hitler möglich wurde.

Die der Bundesleitung des Stahlhelm nahestehende „Kreuzzeitung“ sagt, die Tatsache, daß die NSDAP, an sich bereit gewesen wäre, eine parlamentarische Mehrheitsregierung zu bilden, um — im Gegensatz zum Kabinett v. Papen — „verfassungsmäßig“ zu regieren, sei für alle Vorkämpfer des überparteilichen Nationalgedankens eine schwere Enttäuschung, weil sie beweise, daß die NSDAP, als Partei dem Parlamentarismus einen übermäßigen Tribut bezahle habe.

Die Köln. Zeitg. schreibt: Die Verhandlungen über die Heranziehung der Nationalsozialisten, die auf der Seite des Reichspräsidenten mit allem Ernst und Beständigkeitswillen geführt worden sind, sind wieder einmal an den Machtansprüchen, an der Kurzsichtigkeit und Verböhrtheit Hitlers gescheitert. So besteht wahrhaftig kein Grund, über dieses Ergebnis zu frohlocken. Man muß im Gegenteil tief bedauern, daß es nicht gelungen ist, die Millionen opferwilligen und vaterlandsliebenden Menschen, die in der nationalsozialistischen Bewegung sind, mit der Staatsführung zu verbinden und für den Staatsgedanken einzusetzen.

### Aufruf Hitlers

Köln, 25. Nov. Der „Westdeutsche Beobachter“ veröffentlicht einen Aufruf Adolf Hitlers, in dem er nach einer längeren Kritik am Kabinett Papen erklärt, man habe ihn nach Berlin gerufen, um an der Behebung einer Regierungskrise mitzuwirken und habe dabei doch nur das Kabinett Papen reiten und ihm, Hitler, einen zweiten 13. August bereiten wollen. Obwohl der ihm übertragene Auftrag durch die daran geknüpften „Bedingungen“ von vornherein unmöglich gemacht worden sei, habe er sich angesichts der Not des Volks entschlossen, ein Angebot zu machen, das zugleich für die inneren Absichten aller hätte klärend sein können. Das Angebot sei abgelehnt worden. Er glaube, daß schon damit der Wille der Reichspräsidenten erfüllt scheine. Was er am Abend des Wahltags schon erklärt habe, wiederhole er hiermit: Dieses System muß in Deutschland niedergebroschen werden, wenn nicht die deutsche Nation an ihm zerbricht.

Der Aufruf schließt mit der Erklärung, daß der Kampf weitergeführt werde mit der Zuversicht, daß die NSDAP Sieger bleibe.

### Neue Nachrichten

#### Ablehnung eines kommissarischen Antrags

Berlin, 25. Nov. Dem Geschäftsordnungsausschuß des preussischen Landtags lag u. a. ein Schreiben des Reichskommissars Dr. Bacht vor, in dem um Genehmigung zur Einsetzung und Durchführung eines Dienststrafverfahrens gegen den Abgeordneten Hansmann (Soz.) ersucht wurde, der beschuldigt ist, sich in ebrenwürdiger Weise über die deutschen Frontsoldaten geäußert zu haben. Der Geschäftsordnungsausschuß hat die Behandlung des Antrags abgelehnt, da der Reichskommissar für ein derartiges Ersuchen nicht zuständig sei.

#### Der Fall des Cuttiner Bürgermeisters

Cuttin, 25. Nov. Wie die Pressestelle der Regierung des oldenburgischen Landesteils Lübeck mitteilt, hat das Ministerium in Oldenburg die Beschwerde des Bürgermeisters Dr. Siöffregge gegen seine von der Regierung in Cuttin ausgesprochene zwangswelche Beurlaubung als rechtlich und tatsächlich unbegründet zurückgewiesen. Das gegen den Bürgermeister eröffnete Disziplinarverfahren nimmt seinen Fortgang.

#### Die Genfer Besprechungen

Genf, 25. Nov. Reichsminister Frhr. v. Neurath hat heute vormittag eine Unterredung mit dem englischen Außenminister Simon in seiner Eigenschaft als Berichterstatter für die Danziger Währungsfrage, die voraussichtlich heute nachmittag vor dem Rat behandelt werden wird.

Was die Abrüstungsfrage betrifft, so besteht die Absicht, daß die Hauptvertreter der Großmächte, die sich in den nächsten Tagen in ihre Hauptstädte begeben, Anfang Dezember nach Genf zurückkehren, um die nichtamtlichen Besprechungen über die Möglichkeiten einer fünfer-Konferenz zur Erörterung der Gleichberechtigungsforderung.

Der amerikanische Vertreter für die Abrüstungskonferenz, Norman Davis, der am Samstag vorübergehend nach Paris reist, machte heute vormittag dem deutschen

Außenminister v. Neurath nach einem Besuch, um mit ihm über die Wiederbeteiligung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz zu sprechen. Irgendwelche Veränderungen sind nicht zu erwarten. Neurath reist am Samstag nach Berlin. Wann er wieder nach Genf zurückkehren wird, ist unbestimmt.

Man glaubt, daß Herriot und Mac Donald zu Besprechungen über Abrüstungsangelegenheiten Mitte nächster Woche in Genf eintreffen werden.

#### Englischer Vorschlag in der Danziger Währungsfrage

Genf, 25. Nov. In der Danziger Währungsfrage schlug der englische Außenminister Simon dem Völkerbundsrat folgendes Verfahren vor: Ein aus drei Mitgliedern bestehender Ratsausschuß wird bis zur Januartagung über die allgemeinen Fragen der Angelegenheit Bericht erstatten, Danzig zieht seinen Antrag auf sofortige Entscheidung des Völkerbundsrats zurück und die Frage gelangt an das ordentliche Verfahren vor dem Völkerbundskommissar in Danzig. Bis zur Entscheidung des Kommissars verzichtet Polen auf die Durchführung der beabsichtigten Währungsmaßnahme (Einführung des polnischen Zloty auf den Danziger Eisenbahnen).

Dieser Vorschlag findet die volle Zustimmung Danzigs, da er die Schaffung einer vollendeten Tatsache verhindert. Dagegen steht noch nicht fest, welche Haltung Polen einnehmen wird. Sollte Polen mit dem Vorschlag nicht einverstanden sein, so beabsichtigt Simon, den Rat zu ersuchen, die Rechtslage nochmals durch einen Juristenausschuß prüfen zu lassen und in der morgigen Ratssitzung zu der politischen Seite der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

#### Ablehnung einer Internationalisierung der Handelsluftfahrt

Paris, 25. Nov. Der Lufttransportausschuß der Internationalen Handelskammer hat sich am 23. November mit den Vätern der Internationalisierung der Handelsluftfahrt beschäftigt. Der Ausschuß ist einstimmig zur Ablehnung der Pläne auf Internationalisierung der Handelsluftfahrt gekommen. Die Internationalisierung der Luftfahrt bildet faktisch einen Teil des französischen Sicherheitsplans.

### Württemberg

Stuttgart, 25. November.

**Wahlzeit der Ortsvorsteher.** Im Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß des Landtags stand u. a. ein Antrag der Vereinigung württ. Ortsvorsteher zur Beratung über die Zeit politischer Ausnahmezustände die Wahlzeit der Ortsvorsteher, deren Amt von jetzt bis 31. Dezember 1934 abläuft, zu verlängern. Redner der Sozialdemokratie, der NSDAP und der Kommunisten sprachen sich gegen den Antrag aus, die übrigen Parteien waren dafür. Es wurde einstimmig beschlossen, den Antrag der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

**Keine Aufhebung der Notverordnungen.** Auf das Schreiben des Landtagspräsidenten Mergenthaler, das auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses des Landtags die Aufhebung der württembergischen Notverordnungen 5-8 fordert, hat Staatspräsident Dr. Balz in einem Schreiben geantwortet, das Staatsministerium würde seiner Pflicht und seiner Verantwortlichkeit für eine geordnete Staatshaushaltsführung entgegenhandeln, wenn es die Notverordnungen ohne einen gleichwertigen Ersatz zur Ausgleiche des Fehlbetrags im Staatshaushaltsplan 1932 zurücknehmen würde. Die Aufnahme einer Staatsanleihe zur Deckung des Abmangels im Staatshaushaltsplan 1932 könne, abgesehen von den gegenwärtigen Verhältnissen auf dem Anleihemarkt, nicht in Frage kommen.

Aus ähnlichen Gründen lehnt das Staatsministerium die Ermächtigung des Landes der Bürgersteuer (Notverordnung 8) unter 500 v. H. ab. Die Gemeindeaufsichtsbehörden seien übrigens von Anfang an angezogen worden, bei Befreiungsgesuchen kleiner Landgemeinden mit geringen Wohlfahrtslasten in der Beurteilung der Frage, ob der Haushalt ausgeglichen ist, nicht kleinlich zu verfahren.

**Umbildung der württ. Regierung?** Die Bundeschrift des Württ. Bauernbunds, der „Schwäbische Landmann“, schreibt: Man hört neuerdings oft fragen, ob nicht auch bei uns in Württemberg neue Gespräche wegen der Umbildung der augenblicklichen geschäftsführenden Regierung gepflogen werden. Mag sein, daß Nationalsozialisten und Zentrum, so wie in anderen Ländern, z. B. in Preußen und Bayern, auch in Württemberg derlei Regierungskonferenzen abhalten. Das gespannte Verhältnis zwischen diesen beiden Parteien ist ja in der letzten Zeit einem Art Freundschaftsverhältnis geworden.

**Landeszuschüsse für Altwohnungen.** Die Abgeordneten Bod. Scheffold und die übrigen Mitglieder der Zentrumsfraktion haben beim Landtag den nachfolgenden Antrag eingebracht, der morgen im Finanzausschuß zur Beratung stehen wird. „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, im Haushaltsplan 1933 mindestens zwei Millionen Reichsmark für die Landeskrankenanstalt vorzulegen, um von dieser Summe zur Instandsetzung von Altwohnungen Zuschüsse von 20 Prozent der Kosten nach dem Vorgang des Reichs zu gewähren.“

**Kommunistischer Protestantrag.** Die komm. Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle folgender Entschließung seine Zustimmung geben: 1. Der Landtag protestiert mit Entschiedenheit gegen alle von der Reichsregierung beabsichtigten konterrevolutionären Maßnahmen auf Einschränkung und Beseitigung politischer Rechte der Arbeiterklasse und der gesamten wertvollen Volksmassen. 2. Der Landtag ersucht das Staatsministerium, der Vertretung des Landes Württemberg im Reichsrat Anweisung zu geben, diesen Protest mit allem Nachdruck im Reichsrat zu vertreten und im gegebenen Fall gegen diese Entrechtungsmaßnahmen zu stimmen.

**Die Wohlfahrtserverschloßen Ende Oktober 1932.** Die Zahl der von den Fürsorgeverbänden laufend in offener Fürsorge unterstüzten und von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtserverschloßen betrug Ende Oktober 1932 in Württemberg 29 519 oder 11,4 auf 1000 Einwohner. Auf Stuttgart entfielen davon 11 014 oder 30,3 auf 1000 Einwohner. Gegenüber Ende September 1932 ist die Zahl der Wohlfahrtserverschloßen in ganz Württemberg um 2441 gleich 9 Prozent und in Stuttgart um 726 gleich 7,1 Prozent gestiegen.

**Gemeinderatsitzung wird abgejagt.** Zur gestrigen Gemeinderatsitzung, auf deren Tagesordnung u. a. die Beratung eines Dringlichkeitsantrags der Wohlfahrtsbeschäftigten stand, erschienen lange vor Beginn der Sitzung mehrere hundert Arbeitslose im Rathaus und drängten sich auf

der Tribüne und im Gang vor dem Sitzungsaal, so daß die Stadträte kaum durchkommen konnten. Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, der die Räumung des Rathauses durch die Polizei vermeiden wollte, rief vor Beginn der Sitzung den Aeltestenausschuß zusammen, der dann gegen die Stimme des komm. Vertreters beschloß, daß die Sitzung aufgehoben werden soll. Erst nach längerer Zeit zogen sich die Demonstranten unter Protestrufen aus dem Rathaus zurück.

**Zuschußerhöhung für Altwohnungen.** Die Handwerkskammer Stuttgart als Vorort des Württ. Handwerkskammertags hat bei der württ. Regierung den Antrag gestellt, bei der Reichsregierung für eine Erhöhung des Reichszuschusses für Instandsetzung usw. von Altwohnungen von 50 auf 200 Mill. M. zu wirken, da die bisher bewilligten Mittel bei dem hohen Verfall der Altwohnungen sich als ganz unzureichend erwiesen haben. Zugleich wird eine schärfere Bekämpfung der Schwarzarbeit bei diesen Instandsetzungsarbeiten gefordert.

**Todesfall.** In Berlin starb unerwartet infolge eines Schlaganfalls im Alter von 47 Jahren der Vorstand und erste Schriftführer des Vereins der Württemberger in Berlin, Otto Kremer, der seit dem Jahr 1906 dem Verein angehört hatte. Otto Kremer, aus Schramberg gebürtig, war erst bei der W.M.F. und später in der Filmindustrie in leitender Stellung tätig.

**Zeitungsverbot.** Das Innenministerium hat die Zeitung „Der Arbeitslose“ wegen Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung einer Behörde bis 15. Januar 1933 einschließlich verboten.

**Befestigtes Zeitungsverbot.** Der 5. Strafsenat des Reichsgerichts hat die Beschwerde gegen das Verbot der „Südwestdeutschen Arbeiterzeitung“ als unbegründet verworfen.

**Nach Leipzig überführt.** Am Donnerstag wurde der Führer der württembergischen kommunistischen Parteiorganisation, der verhaftete Reichstagsabgeordnete Albert Buchmann nach Leipzig überführt. Der Prozeß soll am 1. Dezember beginnen.

**Kein Darlehen für die Seidenbauzentrale.** Der Finanzausschuß des Landtags hat eine Eingabe der Seidenbauzentrale Sinsheim um Gewährung eines zinslosen Staatsdarlehens abgelehnt, da das Unternehmen voraussichtlich unrentabel sei.

**Am. 25. Nov. Zwölf Personen gefährdet.** Am 7. Oktober wurde auf der nicht geschlossenen Bahnüberführung unweit der früheren Haltestelle Reutti bei Neu-Ulm von dem nach Kempten fahrenden Personenzug der Wohnwagen des Händlers Kemmeter aus Schönbühl, in dem neun Kinder und eine Frau saßen, sowie das Pferd des Handelsmanns Georg Kreiser aus Dillingen, dessen Wohnwagen dem ersten folgte, erfaßt und umgeworfen, wobei zum Glück nur Sachschaden entstand und Personen zum Teil nur leicht verletzt wurden. Ein Pferd mußte notgeschlachtet werden. Unter der Anklage der fahrlässigen Transportgefährdung und fahrlässigen Körperverletzung stand der 54 J. a., bisher unbeschuldete Bahnwärter, Kriegsinvalide Matth. Leu von Schwaighofen, vor dem Gericht in Memmingen. Zur Entschuldigung der Fahrlässigkeit brachte der Angeklagte vor, daß er am fraglichen Tag freiwillig mitgeholfen habe, das Bahnwärterhaus zu verputzen. Er habe bei den Maurerarbeiten das Signal, das die Abfahrt des Zugs von Neu-Ulm ankündigte, nicht gehört. Das Gericht verurteilte den Bahnwärter zu 1 Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist. Eine Disziplinarbestrafung ist nicht erfolgt.

**Verammlung der Eisernen Front von Kommunisten gesprengt.** Wie die „Donauwacht“ berichtet, hatten sich zu einer Versammlung der Wohlfahrtserverschloßen der Eisernen Front, in der zu der Verweigerung der Pflichtarbeit Stellung genommen werden sollte, eine große Anzahl Kommunisten eingeladen. Die Redner der Eisernen Front wurden durch Zwischenrufe oftmals unterbrochen. Als die Aussprache erfolgen sollte, gab der Vorsitzende bekannt, daß sich an dieser nur Mitglieder der Eisernen Front angeschloßenen Organisationsstellen beteiligen dürfen, worauf die Kommunisten stürmischen Einspruch erhoben, so daß die Weiterführung der Versammlung unmöglich wurde.

**Neu-Ulm, 25. Nov. Sieben Brandstiftungen eingestanden.** Den Bemühungen der Neu-Ulmer Gendarmerie ist es gelungen, den Brandstifter vieler in letzter Zeit auf bairischem und württembergischem Gebiet entstandener Brände festzustellen. Es handelt sich um den ehemaligen Kanzleigehilfen beim Amtsgericht Neu-Ulm, den 43 J. a. Hans Steinmayer, der sieben Brände eingestanden hat. Vier der Brände entfallen auf das Oberamt Laupheim, einer fand in Biedelhausen, einer in Finningen und der letzte in Schwaighofen statt.

**Biberach, 25. Nov. Schwer verunglückt.** Ein Langholzkradwagen, der beim Einmünden vom Kapellenplatz in die Schulstraße offenbar die Kurve nicht vorsichtig genug befahren hatte, kam mit einem der herausragenden Stämme zu nahe an die Wagnerische Hausfront. Ein dort stehender etwa 12jähriger Knabe wurde von einem der Holzstämme am Kopf getroffen. Die starken Blutungen ließen auf eine schwere innere Verletzung schließen. Der Junge liegt in bedenklichem Zustand im Krankenhaus.

**Ravensburg, 25. Nov. Verhaftete Fälschmänner.** Wegen der Herstellung bzw. Verbreitung falscher Münzen sind vier Personen festgenommen worden. Der in der Stauferstraße wohnende Arbeiter Wolf, seine Frau und sein Sohn, wurden sofort verhaftet. Ein Mitwisser namens Rieger, der flüchtig ging, konnte in Stuttgart verhaftet werden. Die Fälschmünzer stellten eine Gipsform her, in der sie falsche Fünfmärker gossen. Gegen 20 solcher falscher Taler sollen hergestellt worden sein.

**Deuchelried DK. Wangen, 25. Nov. Pferde vom Starkstrom geädelt.** Als das Holzfuhrwerk des Landwirts Konrad Jöh in Watt vom Wald heimkehrte, traten beide Pferde auf eine vom Sturm losgerissene Starkstromleitung und wurden sofort geädelt. Der die Pferde lenkende Fuhrmann wurde von dem starken Strom auch noch ergriffen, trug aber keine Beschädigungen davon. Dem Besitzer entsteht großer Schaden, was um so bedauerlicher ist, da er vor nicht langer Zeit von einem Brandfall heimgesucht wurde.

**Friedrichshafen, 25. Nov. 1933 keine Artisfahrrit mit „Graf Zeppelin“.** In einem großen Teil der Presse erschienen letzter Tage Meldungen über eine Artisfahrrit des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ im Sommer 1933. Dr. Eckener erklärte gestern dazu, daß eine Artisfahrrit im Jahr 1933 nicht in Frage käme.



### Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Kartung Hieshausen gelegenen im Grundbuch von Hieshausen, Heft 222a Abteilung I Nr. 2 und 3 zur Zeit der Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerks auf den Namen der Gutskunst, Lina geb. Ketz, Ehefrau des Johann Georg Gutskunst, Küblermeisters in Hieshausen, eingetragenen Grundstücke:

Geb.-Nr. 79, Wohnhaus, Scheuer und Hofraum auf der Tachbleiche 96 qm., P.-Nr. 407/4, Gemüsegarten im Brühl 1 Nr. 08 qm., gemeinderätlich geschätzt am 12. November 1932 zusammen zu 3000 RM.,

am Dienstag, den 10. Januar 1933 vorm. 9 1/2 Uhr, auf dem Rathaus in Hieshausen versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 11. Oktober 1932 bei Geb.-Nr. 79 und bei P.-Nr. 407/4 am 25. Oktober 1932 im Grundbuch eingetragen worden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der das Verfahren betreibende Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesemjenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Nagold, den 19. November 1932. 1443

Zwangsversteigerungskommissär:  
Bezirksnotar: (gez.) H o r s c h.

### Meine 1427 Spielwaren-Ausstellung

ist in bekannter Reichhaltigkeit eröffnet

**Carl Pflomm** Vorstadtplatz

#### Einen Lichtstrahl

in das Dunkel dieser Zeiten und in die Leidensnacht unierer großen, jammerreichen Schar, der Krüppel und Siechen, Kranken und Blinden, Hilfslosen und Gebrechlichen zum Weihnachtsfest erbetet und nimmt mit herzlichstem Dank entgegen

Der Anstaltsleiter

Vollstreckungskonto: Llc. Erich Braun  
Krappela-Wolten, Bethesda-Wasser.  
Angerberg-Offiz. Königsberg Pr. Nr. 2423 1447

#### Das Geschenkbuch für Jedermann:

Willy Stiwe

#### Der Krieg nach dem Kriege

Eine Bilderchronik aus Revolution und Inflation

So urteilt die Presse:

„Hier sprechen nicht blühende Worte, sondern Tatsachen, die erschauern.“  
„Württembergische Zeitung“, Stuttgart  
... berichtet in knappen Sätzen von jenen Augenblicken, die Deutschlands Schicksal formten, und zeigt Bilder, die man nicht wieder vergißt!“  
„Der Angriff“, Berlin  
„Objektiv, ohne jede politische Färbung...“  
„Königsche Zeitung“  
... für Kinder und Erwachsene von gleichem Wert.“  
„Osnabrücker Tageblatt“  
„Bildausschnitte von dokumentarischem Wert.“  
„Drahter Anzeiger“

Bitte lassen Sie sich dieses packende Buch der Nachkriegsperiode von ihrem Buchhändler vorlegen.  
Es kostet in Halbfellen nur Mark 3,20

vorrätig bei G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold

Sak. Helber, Schreinermeister, Halterbach verkauft eine fehlerfreie



**Ruh**

unter 4 trächtigen die Wohl 1444

Wer nicht inzeriert kommt bei der Rundschaff in Vergessenheit.

Schuldenfr. Landmiete sucht gegen erste Sicherheit

**Mk. 500.-**

Angeb. unt. Nr. 1448 an den „Gesellschafter“.

**Sichere Existenz**  
zu vergeben. Wir suchen zur Erleichterung einer Maschinen-Strick- an all. Orten strebsame Pers. Die Arbeit ist auch nebenberuflich, beginnt im Hause auszuführen. Sehr gute Bezüge, ist garantiert. Verkehrt, nicht erforderlich. Kosten, Ausk. ert.  
**Deutsche Texthandels Gesellschaft**  
Berlin-Halensee

Satz OA Nagold Eine 32 Wochen trächt. schöne 1454

**Kalbin** verkauft Philipp Dürr.

### Für unsre lieben Kleinen

will der Weihnachtsmann seine Vorbereitungen treffen,

### es ist deshalb die höchste Zeit,

1435

daß Sie Ihre Puppen in die Klinik zur Reparatur bringen. Sie werden auch heuer wieder gut und billig bedient in der

### Puppen-Klinik L. Bökle

Damen- und Herrensalon  
Nagold Waldach-Strasse



Große Auswahl in reizenden neuen Puppen!

Ehe Sie Ihre Weihnachtseinkäufe besorgen, besichtigen Sie bitte unverbindlich mein reichhaltiges Lager in



QUALITÄT  
**Grosse Auswahl**

**Uhren aller Art  
Schmuck, modern und schön  
Bestecke und Geschenke.**

### Adolf Heuser, Nagold

das Fachgeschäft für Uhren und Schmuck, Optik und Bestecke

Überzeugen Sie sich bitte, daß Sie heute für wenig Geld schöne und gute Geschenke bei mir finden. 1790

### Puppen, denen Haare fehlen,

Daß man nimmer sie kann strahlen, Ohne Arm, mit einem Bein, Ob sie groß sind, oder klein, Und seien sie auch noch so „hinig“ - Bringt in meine Puppenklinik, Wo er stehen sie, wie NEU! Und vor allem billig dabei! 1451

Erwin Helbling, Herren- u. Damensalon.

Schönbrunn, den 26. Nov. 1932



#### Dankfagung

Für die uns in so reichem Maße erwiesene herzliche Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben unvaterl. Vaters

#### Friedrich Rugel

Schreinermeister

für die vielen Kranstenden, sowie für den erhabenen Gesang des Liedertanzes und für die zahlreiche Beichenbegleitung von nah und fern sagen innigsten Dank die trauernden Hinterbliebenen.

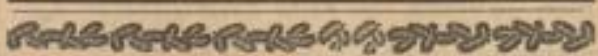
### „Volkswohl“

Krankenunterstützungskasse V. a. G.

älteste und größte deutsche Kasse der Volkshilfsbewegung mit freier Wahl zwischen Ärzten und Heilkundigen sucht für dortiges Oberamt einen

### rührigen Außenbeamten

evtl. mit Inkasso, Führerschein erwünscht, nicht Bedingung. Es werden Höchstprovisionen und Zuschüsse geboten. Leichtes Arbeiten durch neueste Tarife. Offerten „Volkswohl“ Bez.-Direktion Stuttgart-N., Seidenstraße 3. 1446



Advents-Kalender für alle kleinen Kinder

### Advents-Kalender

in großer Auswahl von 30 Pfennig an empfiehlt

G. W. Zaiser

### Evang. Gottesdienste Nagold

Sonntag, 27. November. (Adventszeit).

Vorm. 9.30 Uhr Predigt (Otto), im Anschluss hl. Abendmahl. Abends 5 Uhr Predigt (Brecht). Das Opfer ist für den Gastab Adolf-Verein bestimmt.

Dienstag, 29. November.

In der Kirche Vorführung eines Films von der Inneren Mission (Schweizern- und Blindenfilm), abends 8.30 Uhr für Kinder, 8 Uhr für Erwachsene. Mittwoch, 30. November. (Andreasfeier).

im Vereinshaus, abends 8 Uhr Feiertagspredigt.

Hieshausen

Vorm. 8.45 Uhr Predigt (Brecht) im Anschluss hl. Abendmahl.

Freitag abend 7.15 Uhr Bibelstunde.

Methodist. Gottesdienst (Ev. Freikirche, Kirchstr. 11)

Sonntag, 27. November.

Vorm. 9.30 Uhr Advents predigt (Pflüger). 11 Uhr Sonntagsschule.

Abends 7.30 Uhr Evangelisationsvortrag: Wann kommt das Reich Gottes? (Pflüger).

Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde (Pflüger).

Hieshausen, Dienstag abend 8 Uhr Bibelstunde (Pflüger).

Eshausen, Sonntag nachm. 2 Uhr Predigt (Pflüger).

Donnerstag abend 8 Uhr Bibelstunde (Pflüger).

Halterbach, Sonntag nachm. 2 Uhr Predigt (Bühner).

Freitag abend 8 Uhr Bibelstunde (Pflüger).

Kath. Gottesdienste Nagold

Sonntag, 27. November.

6-7 Uhr Beichtgelegenheit. 7.30 Gottesdienst in Rohrdorf. 9 Uhr Predigt u. hl. Messe in Nagold.

2 Uhr Andacht, hernach Versammlung d. Jungfrauen. 5 Uhr Versammlung der Jungmänner.

Montag, 28. November. 7.15 Uhr Gottesdienst in Altensteig. 2.30 Uhr Versammlung des katholischen Frauenbundes.

Donnerstag, 1. Dezbr. 5 Uhr Beichtgelegenheit. Freitag, 2. Dezbr. 7 Uhr Beichtgelegenheit. 7.30 Uhr Herz-Jesu-Messe.

Sonntag, 4. Dezember. Generalkommunion des kath. Frauenbundes und der Jugendvereine.

Kurt Trautwein

Hilde Trautwein

geb. Schultze

Bermählste

Nagold-Randern (Baden) / 26. Nov. 1932

Nagold

1440

### Tonfilm-Theater

Sonntag 8.15, Sonntag 2.15, 4.30, 8.15 Uhr



Liedende Wochenschau und Beiprogramm. Montag kein Kino!

Samstag und Sonntag 1450

### Megelsuppe

Geschw. Lug z. „Eisenbahn“.

### Segelfliegersport

Diejenigen, welche daran Interesse haben, werden gebeten, am Sonntag, 4. Dezbr., im Gasthaus „Anker“ zu erscheinen. 1453

Der Beauftragte.

Heute abend 1452

### Rehbraten mit Spägle

im „Schiff“.

### Bandarlehen

von M 2-3000 - gegen gute Sicherheit gesucht. Angeb. unt. Nr. 1446 an den „Gesellschafter“

Die haltbare 1449

### Weltmeister-Dauerwelle

nur bei L. Bökle.

### Saalbau zur Traube-Nagold

Samstag, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr als Auftakt zum Wagnerjahr bei vollständigen Preisen

### Richard Wagner-Festkonzert

Aus Wagners Opern: „Die Meistersinger von Nürnberg“, „Lohengrin“, „Tannhäuser“, „Der fliegende Holländer“, „Die Walküre“, „Tristan und Isolde“, „Parsifal“ u. a.  
Mitwirkende: Opernsänger Richard Küdler München (Tenor) / Opernsängerin Maria Birbaum Stuttgart (Alt) / Opernsängerin Elvire Schimmel-Stuttgart (Sopran) / Opernsänger Carl Paul Rau - Stuttgart, (Bass) / Opernsänger Ernst Strobel Jülich (Bariton)  
Musikal. Leitung: Opernkapellmeister Erich Beck  
Vorderkauf: Ab 30. Nov. in der Buchhandl. Zaiser-Nagold. Preise der Plätze: Sperrplatz: M 1.80; 1. Platz: M 1.30; 2. Platz: M 0.80. An der Abendkasse 20% Zuschl. Schüler und Erwerbslose 50%. Sperrplatz und 1. Platz sind nummeriert.

Eine Partie warme

### Betttücher

z. Teil mit kl. Fehlern weit unter Preis

bei

### Gottlieb Schwarz

Herrenbergerstr. 1389